

II.2 Erste Kontakte zu Ägypten

Nach Gründung der Bundesrepublik wurden die auswärtigen Beziehungen in besonderem Maße von den westlichen Besatzungsmächten beeinflusst. Das deutsch-ägyptische Verhältnis hing davon ab, wie die Westmächte ihr eigenes Verhältnis zu Ägypten beziehungsweise zu den Arabern definierten. Das Ziel war die Eindämmung der Expansion des sowjetischen Herrschaftsbereichs. Für die Bundesrepublik stand die Integration in das westliche Bündnissystem im Vordergrund ihrer Politik, der der Wunsch nach Wiedervereinigung untergeordnet wurde.

Erste Spannungen belasteten das deutsch-ägyptische Verhältnis, als 1950 Bundeskanzler Adenauer den Weg Deutschlands zurück auf die internationale Bühne vorbereitete und das durch die nationalsozialistische Vergangenheit verlorene internationale Vertrauen wiederherstellen wollte. Die Annäherung an Israel sollte den Westen erkennen lassen, daß die junge Bundesrepublik zu ihrer Verantwortung stand und ein anderes Deutschland als das des Dritten Reiches repräsentierte.

Bedingt durch den Holocaust weigerte sich Israel zunächst, mit der Bundesrepublik in Kontakt zu treten. Auf dem „Interparliamentarian Union Congress“ 1950 in Istanbul trafen Deutsche und Israelis das erste Mal zusammen. Nachdem zunächst Spannungen zwischen beiden Staaten aufgetreten waren, da die Israelis gegen die deutsche Anwesenheit protestierten, konnte zwei Tage später ein erstes Zusammentreffen vereinbart werden⁵⁹. 1951 wandte sich Israel an die Besatzungsmächte. Obwohl die Westmächte nicht bereit waren, die Rolle des Vermittlers zwischen der Bundesrepublik und Israel zu übernehmen, erkannten sie den moralischen Anspruch der Israelis an⁶⁰.

Die Bundesrepublik verstand sich als Nachfolgestaat des Deutschen Reiches, um die Herstellung ihrer internationalen Kreditwürdigkeit zu erreichen und es wurde betont, daß die Deutschen erst Gehör finden könnten, wenn die Bundesregierung für alle Schulden und Schäden auch gegenüber den Juden aufkäme⁶¹.

„Schon kurz nach Adenauers Regierungsantritt wollte die Bundesregierung dem Staat Israel Waren im Wert von zehn Millionen DM zur Verfügung stellen ‚als erstes unmittelbares Zeichen dafür, daß das den Juden in aller Welt durch Deutsche zugefügte Unrecht wiedergutmacht werden muß‘. Wenn Israel auf dieses Angebot auch nicht reagierte, bereiteten doch informelle Kontakte zwischen

⁵⁹ Vgl. Vogel, 1987, S. 27-29.

⁶⁰ Vgl. Ali, 1998, S. 47-49.

⁶¹ Vgl. Abediseid, 1976, S. 51.

Israelis und Deutschen in den nächsten Jahren den Weg zu Verhandlungen, die im September 1952 zur Unterzeichnung des sogenannten Wiedergutmachungsabkommen führten.⁶²

Beide Delegationen einigten sich auf eine Summe von 3,4 Milliarden DM, die in Form von Warenlieferungen in einem Zeitraum von zwölf Jahren an die israelische Regierung geleistet werden sollte. Die Warenlieferungen sollten sich nicht nur auf deutsche Produkte beschränken, sondern, soweit es Handelsverträge und internationale Zahlungsabkommen gestatteten, Rohstoffprodukte einschließen, die in dritten Ländern gekauft werden konnten⁶³.

Die arabischen Staaten sahen in der Absicht der Bundesrepublik, Wiedergutmachung an Israel zu leisten, eine Parteinahme zugunsten Israels im Nahostkonflikt. Die Absicht der Bundesrepublik, an Israel Wiedergutmachung zu zahlen, löste bei den arabischen Staaten scharfe Kritik aus, da sie befürchteten, daß mit der Zahlung an Israel das Gleichgewicht der Kräfte im Nahen Osten zu Ungunsten der Araber verschoben werde⁶⁴. Im April 1952, vor Unterzeichnung des Wiedergutmachungsabkommens mit Israel, übermittelte die ägyptische Botschaft in Den Haag der dortigen deutschen Botschaft ihren Protest und warf die Frage der Ansprüche der palästinensischen Flüchtlinge gegenüber Israel auf. Der deutsche Botschafter in Den Haag, Dumont, konnte keine definitive Antwort geben, erklärte sich jedoch bereit, eine Delegation der Arabischen Liga in die Bundesrepublik einzuladen. Die Bundesregierung wies den Botschafter in Den Haag aber an, die Anfrage zögerlich zu behandeln und nicht von selbst auf sie zurückzukommen, da man die Delegation gar nicht empfangen wolle⁶⁵. Im Juni 1952 scheiterte der Versuch des ägyptischen Außenministeriums, gegenüber Washington den arabischen Standpunkt bei der Frage der Wiedergutmachung an Israel zu vermitteln. Am 8. September entsandte die syrische Regierung eine Sondermission unter Leitung von Mamun Al-Hamawi in die Bundesrepublik. Al-Hamawi schlug Bundeskanzler Adenauer und Staatssekretär Hallstein vor, die Wiedergutmachung den Juden, als Juden und nicht als Israelis zuteil werden lassen. Adenauer versuchte gegenüber Al-Hamawi deutlich zu machen, daß die Bundesregierung keine freie Hand habe, sondern unter amerikanischen Druck handele und daß die Frage der Wiedergutmachung an Israel nach den Wünschen der USA geregelt worden sei. Am 10. Oktober versuchte der ägyptische Generalkonsul in Frankfurt einen Termin mit Bundeskanzler Adenauer zu bekommen. Adenauer war

⁶² Büttner u. Hünseler, 1981, S. 114-115.

⁶³ Vgl. Deutschkron, 1983, S. 59-60.

⁶⁴ Vgl. Atek, 1987, S. 473.

⁶⁵ Vgl. Ali, 1998, S. 73-74.

angeblich erkrankt und statt dessen erhielt er einen Termin mit Hallstein. Hallstein versicherte dem ägyptischen Generalkonsul, daß die Bundesregierung dafür sorgen würde, daß Israel das Abkommen nicht zur Lieferung von Waffen, Munition oder sonstigen Kriegsgerät benutze. Die arabischen Staaten setzten ihre Bemühungen fort. In der Zeit vom 22. bis zum 28. Oktober 1952 führte eine Delegation der Arabischen Liga weitere Gespräche in Bonn. Letztendlich berichtete die Delegation von negativen Ergebnissen ihrer Verhandlungen, nachdem die arabischen Einwände gegen die Wiedergutmachung an Israel abgewiesen wurden⁶⁶.

⁶⁶ Vgl. Atek, 1987, S. 474-479.